V07 Unterstützung der Initiative 'Gemeinsam länger lernen in Sachsen' zur Einbringung eines Volksantrags und Volksbegehrens

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	02.03.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 12 Verschiedenes

Wir sind überzeugt, dass das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler eine wesentliche Voraussetzung für mehr Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit ist. Deshalb fordern wir seit vielen Jahren die Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschulform in Sachsen und wissen dabei die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter uns.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen unterstützt deshalb den Verein „Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V." bei der Vorbereitung und Durchführung eines Volksantrags und Volksbegehrens.

Wir wollen mit einer breiten Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Gewerkschaften erreichen, dass Gemeinschaftsschulen überall dort eingeführt werden können, wo dies Schulträger und Schulkonferenz wollen. Für den dafür notwendigen Veränderungsprozess brauchen sie angemessene finanzielle und personelle Unterstützung. Gemeinschaftsschulen können einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung des gesamten sächsischen Schulsystems leisten, wenn sie mit einer Sicherung des Lehrkräftebedarfs, einer veränderten Lehrerbildung und größerer schulischer Selbständigkeit einhergehen.

Begründung

Die Einführung der Gemeinschaftsschule ist seit vielen Jahren eine zentrale bildungspolitische Forderung der sächsischen GRÜNEN, die durch den LDK-Beschluss von März 2012 mit konkreten Leitlinien untersetzt wurde. Wir sprechen uns für verschiedene Wege zur Gemeinschaftsschule sowohl durch Gemeinschaftsschulen von der ersten bis zur zwölften Klasse als auch durch Kooperation von Schulen verschiedener Schularten aus.

Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen unterstützt das längere gemeinsame Lernen. So zeigt eine Umfrage von Kantar Emnid im Frühsommer 2017, dass zwei Drittel der Sächsinnen und Sachsen die Einführung der Gemeinschaftsschule befürworten. Die Anhänger der GRÜNEN zählen dabei mit 76% Zustimmung zu den stärksten Befürwortern, aber selbst die Anhänger der CDU fordern mehrheitlich diese Schulform (60%). Ein Volksbegehren zur Einführung der Gemeinschaftsschule wird sogar von 75% der Bürgerinnen und Bürger und 90% der Anhänger der GRÜNEN unterstützt.

Vor diesem Hintergrund ist ein Volksbegehren nicht nur inhaltlich geboten, sondern auch aussichtsreich. Es kann dazu beitragen, bildungspolitische Themen im Umfeld der Landtagswahl stärker in die Debatte zu bringen und die überdurchschnittlich bildungspolitisch interessierten Anhänger der GRÜNEN zu mobilisieren. Für das Gelingen braucht es ein möglichst breites Bündnis, zu dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beitragen können.